



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Abgeschaltete Lichter
der Großstadt

Thüringer Grüne haben
neuen Vorsitzenden

Partei informiert und
niemand geht hin

*Ihr
habt euch aufhetzen lassen!*

*Aber wir
mussten doch.*



**Wie geht es weiter in einer Stadt nach
Verhetzung durch Politik, Parteien und Presse?
Gut; wollten ja alle**

Wie ist es zu deuten, wenn ein als Meinung rubrizierter Artikel überhaupt keine Meinung enthält?

Ältere erinnern sich an das journalistische Prinzip der Trennung von Nachricht und Kommentar, distanzierte Beschreibung des Geschehens und davon abgesetzt und erkennbar eine persönliche Bewertung. Inzwischen sind Meldungen standardmäßig Tendenz-durchtränkt. Dann gibt es zusätzlich die Meinungskolumnen, wo entweder die Linie bekräftigt wird und der Verfasser beteuert, sich wirklich eine Meinung zu leisten, die halt aus Vernunftgründen der einzig möglichen und darum herrschenden entspricht, oder es geht um Belanglosigkeiten, damit die Leser den Eindruck gewinnen, es geht den Leuten wie den Menschen und die Journalisten haben davon gehört.

Wenn doch mal Leser eine Kritik an Tendenzberichterstattung wagen, wird regelmäßig entgegnet, ja, in der Redaktion habe man sehr intensiv gestritten und alle Meinungen durchbesprochen. Darum fällt es auf und gibt, zeitungssdeutsch gesprochen, zu denken, wenn ein Artikel „*Meine Meinung: Bitte an die Stadt*“ die pure Information enthält, die man eigentlich in der Zeitung haben will, ohne dass die Meinung der Verfasserin durchschimmert. Wurde da auch in der Redaktion

debattiert? Ist die blanke Meldung schon das klare Zeichen? Unterstützt die Verfasserin die beschriebene Bitte damit, dass sie sie weitergibt, und ist das schon der Kompromiss, der möglich war?

So was muss man leider in Betracht ziehen.

Die Bitte, die an die Stadt gerichtet wird, ist die des Autors eines Buches über Matthias Domaschk, Peter Wensierski. Er wünscht sich eine Gedenktafel für Matthias Domaschk dort, wo er gewohnt hat,

Am Rähmen, und er möchte an Schulen und Uni darüber zu den jungen Menschen sprechen.

Wir sind da angekommen, dass etwas so Nahliegendes bittstellungsbedürftig ist.

Nach Ramelow-Logik würden mit der Gedenktafel alle Am-Rähmen-Bewohner stigmatisiert, an einem Unrechtsrähmen zu wohnen.

Den Studenten dürfte schwer vermittelbar sein, dass einer von der vorvorletzten Generation aus der Zeit, als es nur zwei Geschlechter gab und die DDR ihre Kolonialvergangenheit mit afrikanischen Arbeitern fortschrieb, ihr Interesse verdienen sollte.

TLZ-Chefgerlinde könnte die Stasi-Kontakte von Matthias Domaschk als Ausschlusskriterium ansehen, die ist so.

Überhaupt, Gedenktafel, wer soll die einweihen? Der Rechtsamtsleiter? Jemand von der Nachfolgestiftung? Der Oberbürgermeister hat vermutlich keine Zeit. Man würde zuvor weitere Gedenktafelwidmungen benötigen zum Quotenausgleich.

Also alles eine ganz komplexe Lage, die es einer Lokalredakteurin unmöglich macht, eine, wie zu befürchten wäre, umstrittene Meinung zu äußern.

ia, sk



Komplexe Verhältnisse

Erwartbarerweise hätte eine Meldung auf zeitungsteildeutsch lauten können: Frau will was essen und sorgt für Vollbremsung einer Straßenbahn.

Doch Frau, Straßenbahn und Vollbremsung wurden aus dem Lokalteil herausgerechnet, übrig blieb eine Gruppe von Männern, die zuerst in der Einkaufspassage und dann an der Mensa irgendwie die Polizei beschäftigt hat wegen „ungebührlichen Verhaltens“. Das kann vieles sein, und dann war da noch ein unbekannter Mann, der gerempelt haben soll und nicht auffindbar ist.

Am Seitenausgang der Einkaufspassage, Richtung Haltestelle, war, durch Polizei von einer Teilgruppe jugendlicher Männer abgegrenzt, eine Frau zu vernehmen, die sagte, „ich habe doch nur was essen wollen“, jugendliche Männer entgegneten, sie hätte sich provozierend verhalten.

Wem soll man da glauben. Jedenfalls ist, nach übereinstimmenden Schilderungen, die Frau, nachdem sie bedrängt und bedroht worden war, nach draußen geflüchtet, um sich hinter einer einfahrenden Straßenbahn zu verbergen, welche daraufhin eine Vollbremsung vollzog. Genauer gesagt der Fahrer, und vielleicht war es eine nicht im Ein-, sondern Ausfahren begriffene Straßenbahn.

Wir wissen also nicht, welcher Art die Provokation war, mit der die Frau die Gruppe jugendlicher Männer gereizt hätte, warum sie von denen ausgewählt wurde oder wie es zeitungsteildeutsch heißt: von denen ins Visier genommen wurde. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Zufallsopfer, oder wie es Jakob Augstein formulieren würde: Zufallsmitglied der unterdrückenden Mehrheit.

Warum so was nicht mal einer passiert, die sich darauf gefreut hat, ist klar; weil das steuerborddunkler Hass gegen eine Politikerin wäre. Da wird der Staat aktiv.

ia

Infotag

Die Verbraucherzentrale gab in der Goethe-Galerie Tipps zum Umgang mit Geld bei hohen Preisen und Inflation. Dankenswerterweise verzichtete sie auf hämische Kommentare wie: „Beschwert euch nicht, guckt euch doch selber an, was ihr gewählt habt!“

Prozess

Eine mutmaßliche Terroristin des Islamischen Staates steht in Jena vor Gericht. Zu ihrer Überraschung vor dem Oberlandesgericht und nicht vor dem Schiaria-Gericht. Sie bekommt mildernde Umstände, weil sie sich für die Klimaneutralität im Islamischen Staat eingesetzt hat.

Verlegung

Das Nostalgiecafé „Zeitreise“ zog vom alten Paradiesbahnhof an den Markt. Die Lage ist eine Verschlechterung; aus der Bahnstabsgegend an das Rathaus.

Gleiches Logo

Nahverkehr und Verkehrsgesellschaft bekommen dasselbe Logo. Es sieht so billig aus, damit man denken soll, hier wurde knapp kalkuliert.



Sondereinsatz

Laut Meldungen gelang einem Sondereinsatzkommando der Polizei in Jena ein Schlag gegen Linksextremisten. Damit kein Generalverdacht aufkommt: natürlich nicht gegen alle. Der Zeitpunkt liegt insofern günstig, als dass der Einsatz kommt, nachdem der Film fertig ist.

Einbruch

Ins Studentenwerk wurde eingebrochen, die Diebe stahlen Laptops und beschädigten die Glastür, der Gesamtschaden beläuft sich auf 10.000 Euro. Das ist etwa der monatliche Schaden eines Lehrstuhls für Soziologie.





Vertrauen wir Partei- und Staatsführung! Was soll schon schiefgehen?

Da steht doch dieser Lenkert für Auswärtige: Bundestagsabgeordneter, Teil der Doppelspitze Lenkert/Becker, was Impfpflicht betraf – tatsächlich am Parteischirm in der Fußgängerzone, wegen irgendwas, nur nicht aus dem einzigen Grund, aus dem er sich vor die Bürger wagen dürfte: um sich in Grund und Boden zu schämen. Nein, das tut er nicht, das ist nicht die Performance. Er bleibt am Stand stehen und guckt. Er führt nicht vor, wie er vor Scham in Grund und Boden versinkt, wie er es täte, wenn er, was wir ihm nicht abverlangen, einen Rest von Anstand hätte, er ist Politiker.

Auch dieser Holger Becker schiebt es weiter vor sich her.

Wieviele Impfschäden sie denn hätten verantworten wollen, darüber schweigen sie sich aus, jetzt, wo in anderen Ländern die Aufarbeitung mit Pfizer-Files und Lockdown-Files für die Peinlichkeiten sorgt, die bei uns gerade beginnen, da man inzwischen ausspre-

chen darf, was während der Coronarretei als Staatsverunsicherung verfolgt wurde, etwa dass das, was über Wirksamkeit und Sicherheit der Gentherapie propagiert wurde, locker mithalten kann mit dem Wissen über Anzahl der Geschlechter und Stromerzeugung und dass die Lockdown-Regeln eines nicht hatten: Sinn.

Als Lump wollen die sich aber nicht bezeichnen lassen, weil sie sich selbst nicht als solche identifizieren, und das ist es ja, worauf es ankommt.

Auch von Jenasolidarisch, dem politischen Arm der Kindersoldaten, kam noch keine Note der Entschuldigung, und von der Presse erst recht nicht. Die Presse war das Übelste dabei, so dass man sagen muss, man hat der Aktuellen Kamera und der Volkswacht Unrecht getan, das war ganz normaler Journalismus.

Die Landeshauptstadtspresse hatte mehrere Artikel unter fast gleichem Titel gebracht, „Das Vertrauen erhalten“, gemeint war das

in die Regierung, wobei ein besonders niedriger Journalist auch noch der Kanzlerin sein voraussetzungsloses Generalvertrauen aussprach. Man fragt sich, wie die Nibelungen ohne Zeitung auskamen.

Nun, zugunsten der Journalisten wird immer vorgebracht, sie hätten keine Zeit und müssten eine Familie versorgen. Wenn sie Gülle ausschütten, dann, was sie halt in sich haben. Auch Politiker tun nur, wofür sie bezahlt werden, und Studenten oder die bei der Studentenzeitung tun, wofür sie mal bezahlt werden wollen, und überhaupt, in Jena ist der Hof die Mehrheit, das müssen wir als Demokraten akzeptieren.

Das berechtigt niemanden dazu, sich anlügen zu lassen und nicht hinzusehen, ob das überhaupt funktionieren kann und ob es überhaupt eine Berechtigung gibt, und erst recht nicht dazu, sich vom Hass der Oberen auf Volk und freie mündige Bürger anstecken zu lassen. Auch nicht, weil man sonst

Expertenleugner wäre.

Meinungen haben die Eigenschaft, sich zu unterscheiden. In einer freien Gesellschaft ist dies erwünscht, da sie auf diesem Umstand beruht.

Man kommt um die Schwierigkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung nicht herum, außer man ist Teil des verblödeten korrupten Politsumpfes, der sich von abweichenden Meinungen bedroht fühlt, und das völlig zu Recht, denn intellektuelle Kraft ist Ausschlusskriterium. Wenn wir anfangen, so zu tun, als würde uns dies nicht mehr auffallen, brauchen wir uns auch nichts mehr von Demokratie erzählen zu lassen.

Würden Lenkertbecker in eine sachliche Auseinandersetzung gezogen – ihr Versagen ein intellektuelles zu nennen wäre stark übertrieben. Um diese Typen geht es aber nicht, sondern um uns, wenn wir ihr dreckiges Spiel mitmachen und uns gegeneinander aufhetzen lassen.

sk, ia, nm, bz

Nicht ganz dicht?

Versuchte Razzia in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen

Ein Sondereinsatzkommando der Polizei kam zu einer Razzia, um Linksextreme festzunehmen. Die waren aber nicht da. Abgetaucht und untergetaucht. Die Presse schreibt vorsichtig, die Szene ist gut vernetzt.

Ein weiterer Hinweis könnte lauten: Hier ist Jena. Als es um eine andere Szene ging, die der Spazierdemonstranten, tat sich der Anschein auf, die Querschwabler, die in staatsdelegitimierender Verfrühtheit das sagten, was jetzt im Fernsehen gesagt wird, nur aus Lust am Dagegensein, könnten auch gleich ihren Demonstrationzug bei der gegenprotestbereiten Zivilgesellschaft anmelden, die den vorgesehenen Weg an die Versammlungsbehörde durchsticht. Wer da wen beaufsichtigt, ist nicht nachzuvollziehen, vielleicht hat ein Sprecher den Begriff Presse sehr weit ausgelegt. Ein derartiger Verdacht könnte im Raum stehen, aber wenn es niemanden gibt, der ihn äußert, gibt es auch keinen Raum, in dem er stehen könnte.

Nun also ein komplementärer Fall, darum fragten wir bei der Stadt, ob in der Stadtleitung Überlegungen angestellt werden, bei wem eine undichte Stelle gelegen haben könnte.

Bei der Pressesprecherei des Thüringer Innenministers fragten wir an: Würde es den Minister überraschen zu erfahren, dass die betreffenden Personen beziehungsweise die Szene vorab durchgesickerte Informationen erhalten hätten? Werden in einer solchen Lage üblicherweise Ermittlungen in diese

Richtung angestellt und wie hoch ist das Interesse des Ministers an der Aufklärung eventueller mutmaßlicher Informationsdurchstechungen aus Jenaer Stellen oder Landesbehörden?

An der Rückseite der Stadtkirche wurden szenetypische Besprühungen angebracht, naheliegenderweise in Reaktion auf den Razziaversuch. Bei der Pressestelle der Jenaer Polizei fragten wir: In welche Statistik politisch motivierter Straftaten fällt diese Tat? Wird dabei jeder Schriftzug einzeln gezählt oder als eine fortgesetzte Handlung? Werden codierte Gewaltaufrufe gegen Polizisten, die an Mauern gesprüht werden, als Gewalt gegen Sachen gezählt?

Die Polizei antwortete uns: „Ob die frisch angebrachten Graffiti im Kontext mit den stattgefundenen Durchsuchungsmaßnahmen, unter Federführung der Generalstaatsanwaltschaft Dresden, stehen, ist derzeit Gegenstand der Ermittlungen. Eine definitive Aussage hierzu wäre jedoch, zum

jetzigen Zeitpunkt, rein spekulativ und nicht faktenbasiert.

Insofern sich die Vermutung erhärtet, wäre die Sachbeschädigung durch Graffiti der politisch motivierten Kriminalität ‚Links‘ zuzuordnen. Zwar wurden insgesamt drei Graffiti angebracht, jedoch alle in derselben Farbe. Somit wird hier nur eine Anzeige gefertigt, da die Motivation bzw. der Entschluss zur Tatdurchführung nur einmal gefasst wurde.

Das Aufbringen von Schriftzügen, das Bekleben mit Aufklebern sowie wildes Plakatieren stellen strafrechtliche eine Sachbeschädigung dar, insofern das eigentliche Erscheinungsbild verändert wurde. Der Inhalt ist hierbei grundsätzlich unerheblich. Handelt es sich um politische Aussagen, so ist eine politisch motivierte Sachbeschädigung einschlägig. Hierbei ist auch entscheidend, ob die Beseitigung mit einem gewissen Aufwand verbunden ist.“

Die Antworten der Anderen bleiben zu erraten. ●



Pressetermin: Die Partei, die Partei informiert, auch ohne Informierte

Eigentlich weder Thema noch Nachricht oder Fall für uns, die wir uns den Angelegenheiten unserer Leser sowie der Bürger und der Öffentlichkeit verpflichtet sehen, darum schlenderten wir in bürgerlicher Angewidertheit am nachmittäglichen Vorabend des Weltfrauentages an einem Parteistand vorbei, wo Damen keine anderen Probleme quäkten als wie die Führungspositionen bei Hofe für die Hofdamen zugänglicher gemacht werden sollen und mehr Geld zur Ausschüttung bereitzustellen wäre.

Niemanden sonst hat es interessiert, niemand bleib stehen, um den Ausführungen zu lauschen

und etwas zu erfahren, so schien es uns.

Aus der Zeitung erfuhren wir, das waren zwei Landtagsabgeordnete. Hochbezahlte Hofdamen machen auf benachteiligt. Von den Wahlplakaten her wären sie nicht zu erkennen gewesen, aber für ihr Alter sehen sie gut aus. Haben die sich nicht gerade wieder mehr Geld beschlossen? Oder waren das andere, man gerät leicht durcheinander. Die Steuern, die sie verbrauchen, sind dann wohl zum größeren Teil von Männern bezahlt, nach patriarchaler Rechnung.

Die Zeitung füllte Fläche mit einem Foto der beiden, wie sie ihre

Fähigkeit, mit ihrer Blickachse die Kamera zu treffen und Parolendruckwerke in den Bildausschnitt zu halten, unter Beweis stellen, dazu die Bildunterschrift: „Gudrun Lukin (links) und Lena Sanjye Güngör von den Linken informieren über Lohnunterschiede.“

Da ist uns also was entgangen, darum fragten wir beim Fotomacher nach: *Wen?*

Wen haben sie informiert, gab es Leute, die davon informiert wurden? Wenn ja, wieviele, schätzungsweise?

Da waren wir ja was von gespannt, ob der autorisiert sein würde, darauf zu antworten, ist es doch eine Parteiangelegenheit,

und siehe: nein. Er informiert uns, „wir waren gestern nur kurz vor Ort. Die Lage richtig einschätzen und Ihre Frage beantworten kann sicherlich Die Linke besser als ich.“ Der weiß, was sich geziemt.

Hätte es Zuhörer gegeben, hätte er zu schreiben gehabt: „Großes Interesse an“ oder „stößt auf breite Zustimmung“.

Es gab nicht einmal Gegendemonstrationen, die überwiegend friedlich hätten verlaufen können, dankenswerterweise.

Aber soweit bekannt auch keine Solidaritätsbekundungen iranischer Frauen mit den benachteiligten minderbezahlten Westfrauen. ●



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Das Senioren-**AKRÜTZEL** gratuliert den Thüringer Grünen zum neuen Vorsitzenden

Nachdem dieser Kunde, der zuvor Grünen-Landesoberer war, sich auf einen Staatsposten gewandt hat, ist auf die Parteifunktion ein 27-jähriger Soziologiestudent aufgerückt. Ein gutes Zeichen dafür, dass die Grünen dazu übergehen, ihr Spitzenpersonal schon vor dem Studienabbruch einzusetzen.

Überdies sei er Bio-Imker, wird gemeldet. Was das heißt, wird nicht gemeldet oder vielleicht hinter der Bezahlschranke. Vegan kann der Honig nicht sein, da werden wohl die Bienenstöcke gerecht gemanagt, die Arbeiterinnen kriegen dasselbe wie die Drohnen.

Nun waren wir alle mal 27 und fühlten uns damals alt, wir hatten den Durchblick und Elan für Großes. Wer uns für Größeres hält, dem hätten wir geglaubt.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit haben wir bloß nicht Soziologie studiert.

Wonach wählen die Grünen überhaupt ihre Chefs? Diese Frage scheint falsch formuliert zu sein; sie wählen, was die Kaderlei-



tung ihnen vorsetzt. Nie und nimmer ist der durch Kompetenz an die Landesspitze gekommen, der ist auf keinen Fall einer, den die Wähler oder auch nur die Parteimitglieder als Hoffnungsträger ansehen würden, und das ist auch schon die ganze Qualifikation. Ein

steuerbarer Emporkömmling, der es schneller schafft emporkzukommen als die Parteigeneration vor ihm, die sich erst noch mit Bürgern, Volk und Realität herumschlagen musste.

Er kommt nicht mal aus der Soziologie, sondern aus der Informationsgesellschaft. Die Infosphäre ist die Verschmelzung von Hof, Ideologie und Emotionalisierung, wer ihr angehört, entspringt ihr nicht.

Der weiß, was erwartet wird.

Vielleicht kennt er nicht einmal die, die es erwarten, es kommt auch gar nicht darauf an, ob der Oberste Genosse eine reale Person oder eine Personengruppe oder eine Künstliche Intelligentsia ist.

Und er ist eine Identifikationsfigur für die nächsten Hochkömmlinge.

Dazu gratulieren wir den Grünen. Sie haben, was sie verdienen.

Eine bittere Gratulation geht indes an uns alle. Wir haben die Grünen durch einen Dummenkult und die Spaßgesellschaft zu dem gemacht, was sie sind, kryptokommunistische totalitäre Herrscher mit absolutem Machtanspruch. Wir dachten immer, die Dummheit mäßigt sich von selbst. Es gibt kein Zurück zu dem glücklichen Zustand, als die Grünen die harmlosen Spinner waren, als die sie damals erschienen. Sie sind hochaggressive Linke, bei denen es keine Rolle spielt, ob sie eine gutgemeinte Bewegung erst unterwandert und dann übernommen haben oder ob sie die Partei nur aus dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands ausgegründet haben zusammen mit ein paar Pädophilen. Wir haben sie verdient.

Da wäre noch eine Kleinigkeit. Es hatte zunächst einen anderen



Wir lassen sie denken, mit uns kommt die DDR zurück.
Und dann lernen sie uns kennen.



Kandidaten gegeben, der als einziger gewollt hatte. Kurz vor der Wahl wollte er doch nicht mehr, als Begründung für den Rückzug soll er gesagt haben, er sei die falsche Person zur falschen Zeit gewesen. Daran zweifeln wir nicht. Aber wer hat ihm das gesagt? Wie wurde ihm das mitgeteilt? Etwa so, wie man es sich gemeinhin vorstellt, mit heiserer gedämpfter Stimme, „Wir wollen dir helfen“, so etwa? Wir werden es nicht erfahren. Und plötzlich wollten doch zwei, damit es nach Wahl aussieht.

Ein regionaler Vorfall, geradezu thüringesk, könnte man meinen. Aber wie es schon in „Vorsicht, Falle“ immer hieß: Leider kein Einzelfall.

In Kassel in unserem befreundeten Bundesland Hessen gewann der Oberbürgermeister Geselle als parteiloser Kandidat, vorher SPD, die erste Wahlrunde vor dem Grünen und stellte noch am Wahlabend fest, dass er eigentlich nicht will, er tritt in der Stichwahl nicht an.

Es habe Angriffe und Kampagnen gegen ihn gegeben.

Überprüfen lassen sich diese Aussagen nicht, wir wissen nicht, wo wir nachfragen könnten oder wer der Lothar König von Kassel ist. Der zweitplatzierte Grüne geht nun als einziger Kandidat in die Stichwahl, in der er fünfzig Prozent Ja-Stimmen kriegen muss. Eine bescheidene Erwartung für Systeme, wo nur ein Kandidat zur Wahl steht. Weder der Grüne noch die Grünen finden etwas dabei. Es ist halt so, dass Grüne sich daran gewöhnen, auch mit ihren politischen Konkurrenten so umzugehen wie mit ihren Hauptfeinden, den Bürgern.

Oder ist uns da irgendein wichtiger Unterschied entgangen? Wenigstens dies lässt sich ja erfragen, und zwar bei dem obersten Repräsentanten, der immer vor denen warnt, die *unsere Demokratie angreifen*. Darum fragten wir bei der Pressestelle des Bundespräsidenten zu diesem Fall: Gilt das, was der Herr Bundespräsident bisher über die sagt, die unsere Demokratie angreifen,

auch für diejenigen, die den Rückzug verursacht haben? Welche Solidarisierung der Gesellschaft mit Oberbürgermeister Geselle durch die Zivilgesellschaft hält der Herr Bundespräsident für angebracht?

Wir erhielten darauf keine Antwort, was nachvollziehbar ist; es soll ja nicht so aussehen, als hätte der Bundespräsident Insiderwissen.

ia, bz



Unerklärliche Lichterscheinung

Löbliches wird lobend erwähnt, Lund fast sah es so aus, als könnten wir vermelden, wie es zeitungsgrammatisch heißt: Endlich ist es so weit. Beinahe hatte Jena eine dunkle Stelle weniger, eine, die überhaupt erst wegen des nicht vorhandenen Stromproblems entstanden war. Neben dem Friseurcafé Aquamarin, am Pulverturm, blieben die Laternen ausgeschaltet, was speziell die Treppe speziell für Gehbehinderte zur städtischen Falle machte, zumal im Dunkeln anständige Bürger nicht nach draußen gehen, sich also die weniger lichtaffinen spaßorientierten Partytypen mit Mangel an körpereigenen Endorphinen einfanden und gegen das kapitalistische System auflehnten. Also alles ganz im Sinne der bunten Lichtstadt.

Nicht so froh machte es den Betreiber des Aquamarin, er konnte auch eingeschmissenen Scheiben nichts abgewinnen.

Und so kam er auf eine unkonventionelle Idee: Er beschwerte sich bei der Stadt, ließ sich zum Dezernenten für Stadtentwicklung durchstellen, welcher, was jetzt nicht so überrascht, zusagte, sich um die Angelegenheit zu kümmern. Vielleicht war es das, was er mit den Klimaklebern zu besprechen hatte. Ein Rettungswageneinsatz könnte den ganzen Klimaeffekt durch das eingesparte Licht zunichtemachen und die Stadt vom rechten 1,5-Grad-Pfad abkommen lassen.

Daraufhin, und wie es den Anschein hatte infolgedessen, gingen am Abend die Lichter wieder an.

An einem Abend.

Ob sich herausgestellt hat,

dass die Unfallrate dadurch auch nicht abgenommen hat, oder ob sich die Legalisierungsszene behelligt fühlt, ist bisher nicht bekannt. Ein bisschen weniger Spaß muss auch mal sein.

Wir fragten bei der Stadtentwicklung: Auf wessen Veranlassung geschieht das Ausschalten bzw. Nichtwiedereinschalten und beruht es auf Interventionen von Personen, die für ihren dortigen Aufenthalt Dunkelheit vorziehen

oder dem Klimaschutz Vorrang geben?

Man klärte uns auf, „aus Energiespargründen wurde sämtliche gestalterische Beleuchtung und teilweise auch technische Straßenbeleuchtungen der Stadt Jena im Herbst 2022 pressewirksam abgeschaltet. Gestalterische Beleuchtung ist in diesem Sinne eine Beleuchtung, die nicht vorrangig dem Zweck einer Ausleuchtung des Weges, sondern der Illumination von Fassaden usw. dient.

Grundlage dafür ist die ‚Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen‘ (Kurzfristenergieversorgungsmaßnahmenverordnung – EnSikuMaV) des Bundes. Davon betroffen ist auch die Beleuchtung am Faulloch einschließlich Brücke am Pulverturm. Nicht selten sorgt eine gestalterische Beleuchtung indirekt auch für ein erhöhtes Sicherheitsgefühl angrenzender Straßenbereiche. In Abhängigkeit davon, wie frequentiert die Strecke ist und ob sich ggf. Gefahrenstellen ergeben, wurde nachgesteuert und einzelne Beleuchtung wieder zugeschaltet. Verantwortlich für das Ein- und Ausschalten ist der Betreiber der Anlage – in den häufigsten Fällen ist das KSJ – die Anfragen laufen in der Regel über das Bürgermeisterbüro.“

Es ist also eine Gestaltungsfrage, und auch in der Lichtstadt ist es nachts dunkler als draußen.

Was aber der Verschwörungsvermutung jegliche Grundlage entzieht, ist diese Tatsache: Inzwischen ist der Platz wieder beleuchtet.



Talk Talk: Die Presse stärkt ihre Mitsprache

Die Presse selbst könnte nicht widerstehen zu schreiben: „Nicht nur eine, sondern gleich zwei Talkformate gehen an den Start.“

Das örtliche in der „Noll“ heißt „Stadttisch mit“ dem jeweiligen Gast und dem Lokalredaktionsleiter, und weil Journalisten nicht wissen, was ein Auftakt ist, heißt es, einen solchen bilde das Thema „Hochhausboom in Jena“, „Eine Stadt im Höhenrausch“, „nach der Initialzündung geht es Schlag auf Schlag“.

Schön, wenn man das Pressegequatsche auch mal live, also auf zeitungssdeutsch hautnah, miterleben kann. Hier unsere Aufforderung: Gehen Sie hin! Sie glauben uns doch immer nicht, dass die so sind! Sehen Sie selbst!

Das hauptstädtische, ein einmaliges nur, in Erfurt, moderiert von TLZ-Chefgerlinde, wird ausgerichtet von der SPD-nahen Stiftung, man denkt sich jetzt vielleicht Geräuschbilder aus den Comics, wenn man alt genug ist. „Was ist heute eigentlich links? Ostbeauftragter sowie Linke-Spitzenpolitiker im Streitgespräch. Carsten Schneider (SPD) und Dietmar Bartsch kommen in die Gedenkstätte Andreasstraße zu einem Streitgespräch über politische Richtungen und Weltanschauungen (...) Angesichts aktueller politischer Kontroversen, nicht nur in Thüringen, fragt die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Talkrunde am 23. März: Was ist heute eigentlich links? Und wer vertritt mittlerweile die Interessen derer, die sich früher ‚Arbeiterklasse‘ nannten?“

Da können wir helfen. Arbeiterklasse nannten sich die Arbeiter nie selbst. Das war eine linke Erfindung zur Kollektivierung, um sich an die Spitze der Bewegung zu schwindeln, und dann war es das mit der Arbeiterbewegung. Bekannt ist heute nur, wer die Interessen jedenfalls nicht vertritt, und das wird linkerseits auch so gesagt, außer man hat wahlaktische Gründe, etwas anderes zu sagen. Die Kommunisten hatten nicht bedacht, dass die Arbeiterklasse eine zu große Randgruppe

ist, als dass sie sich auf Dauer bevormunden ließe. Am besten macht man sich zum Sprecher von erfundenen Minderheiten, die machen den wenigsten Ärger. Der Ostbeauftragte scheint auch dazu

übergegangen zu sein, statt am Runden Tisch mit Bürgern lieber mit anderen Sumpflingen zu talken.

Und links ist, das zu leben, dessen man andere bezichtigt. ●



Jenaer Impressionen



VERKAUFT



**Andere sind noch da: www.atelierno8.de
ORIGINALE KAUFEN, SOLANGE SIE NOCH GÜNSTIG SIND!**

DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON
ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST
ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO
(03641) 619434

Noch so was, das nicht jeder hat



Porträtzeichnung ab 150 Euro
Oder sogar Gemälde ab 1.500 Euro
0175-240 61 81

Müssen Sie gucken



Senior-Influencer
Auf Youtube oder www.zellerzeitung.de

LEUCHTENDES SCHWEIN



Das Qualitätsblatt unter den Presseprodukten

Großes Entsetzen: Örtliche Konditorei bietet „Ministerinküsse“



Die Konditorei versteht die Aufregung nicht oder tut zumindest so. „Man hätte mit uns doch reden können, statt die Scheibe zu besprühen“, sagt die Verkäuferin. Die aufgebrauchte Menge hat sich bis zum Redaktionsschluss nicht beruhigt.

Umfrage: Mehrheit dagegen, dass ein Keil zwischen Regierung und Journalisten getrieben werden soll

Umstrittene selbsternannte Enthüllungen zeichnen ein vermeintliches Bild von bekannten Journalisten und Moderatoren aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die ihre hochqualitative Leistung auf Veranstaltungen von Ministerien darbieten, damit die Bürger teilhaben können an der Arbeit der gewählten Verantwortungstragenden. Kein Problem, so sieht es die Überzahl der Befragten, weil das alle so machen würden. Wer dies nun in die Nähe von Käuflichkeit rücken will, spielt mit dem Zündeln am Zusammenhalt der Gesellschaft, sagt die deutliche Mehrheit. Unabhängiger Journalismus hat es eben nicht nötig, mit destruktiver Attitüde auf ein erregungssüchtiges Publikum zu spielen.



*Aufarbeitung fordern
wieder nur die, die
sowieso dagegen waren*



Aufarbeitung zu fordern, kann ein wichtiger Bestandteil der Geschichtskultur sein. Oder aber auch ein geschichtsvergessenes Vergleichen von demokratischen Maßnahmen mit diktatorischen Systemen, und das ist der fortgeschrittene Einstieg in ein Relativieren, das es nicht geben kann. Aus denselben Ecken wie die damaligen Angriffe auf die Legitimität des Staates kommen jetzt die Schwurbeleien rückwärtsgewandter Rechtgehabthaberei.

Jens Spahn hat das Nötige gesagt: Es muss verziehen werden. Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

So entfernen Sie hässliche Klimakleber aus Ihrer Einfahrt

Sie kennen das Problem, auf der Straße oder an Ihrer Einfahrt haben sich hartneckige Klimakleber festgesetzt. Bei Problemen helfen meistens alte Hausmittel wie Backpulver und Essig. Einfach mal ausprobieren, das wirkt bestimmt.



Gegendarstellung von Pontius Pilatus



Ich war bei der Begegnung mit Jesus offen für ein Gespräch auf Augenhöhe, ich fragte ihn, was Wahrheit ist, und sogar, ob er ein Gott ist. Aber es stellte sich schnell heraus, dass ein Meinungs-austausch nicht möglich war. Jesus war von Anfang an auf Stunk aus.